

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 33 (1941)
Heft: 6

Artikel: Bevölkerungspolitik und Familienzulagen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 6

Juni 1941

33. Jahrgang

Bevölkerungspolitik und Familienzulagen.

Bei der Behandlung der Fragen der Bevölkerungspolitik und der Familienzulagen mag es angebracht sein, einleitend einige Abgrenzungen zu machen und gewisse Ausführungen der nachfolgenden Artikel — die alle diesen Problemen gewidmet sind — redaktionell zu unterstreichen.

Bei der Zusammenstellung dieser Nummer der « Gewerkschaftlichen Rundschau » bestand die Absicht, die verschiedenen Auffassungen innerhalb unserer Bewegung klar herauszustellen. Wenn auch die Feststellung des Kollegen Giroud, dass sich der Ausschuss des Gewerkschaftsbundes prinzipiell nicht gegen die Familienzulagen, sondern lediglich gegen die Verwendung der Lohnausgleichskassen für Familienzulagen ausgesprochen hat, insofern einer gewissen Erläuterung bedarf, als der Ausschuss in Familienzulagen « kein geeignetes Mittel erblickt, das den bestehenden Geburtenrückgang wirksam aufhalten und den kinderreichen Familien einen dauernden Schutz gewähren kann », so legte der Ausschuss andererseits ebenso deutlich « Wert darauf, in Bestätigung seiner früher gefassten Beschlüsse zu betonen, dass die schweizerische Gewerkschaftsbewegung sich von jeher nachdrücklich für die Erhaltung und den Schutz der Familie eingesetzt hat ».

Bei den dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden ist es so, dass einzelne Organisationen, wie zum Beispiel aus dem Artikel des Kollegen Jean Möri hervorgeht, gegen Familienzulagen sind. Wenn es gelingt — was gerade bei den Typographen in allerneuester Zeit der Fall ist —, eine einheitliche Zulage für ledige und verheiratete Arbeiter zu erwirken (es handelt sich bei den Buchdruckern um eine neue Anpassung an die Teuerung im Betrage von Fr. 4.— pro Woche, die nach Zustimmung der Delegiertenversammlungen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen am 4. Juli in

Kraft treten soll), so ist damit natürlich die einfachste, zweckmässigste, gerechteste und wirtschaftlich rationellste Lösung erfolgt. In andern Verbänden sind Familienzulagen, Kinderzulagen usw. schon lange gang und gäbe, das heisst sie sind anerkannte oder unter prinzipiellen Bedenken hingenommene Praxis.

Diese Praxis soll auf alle Fälle nicht dazu herhalten müssen, Wasser auf die Mühlen jener zu leiten, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Familienschutz lärmend bejahen, in diesem Mittel jedoch letzten Endes lediglich eine Paradowaffe im politischen Kampf sehen, die vorübergehend bei schlechter wirtschaftlicher und damit günstiger politischer Konjunktur geführt wird, weil sie billig ist, sich gut ausnimmt und sich gut handhaben lässt.

Denn wer Bevölkerungspolitik treibt, kann sich den Anschein geben, als ob er über den Parteien stände und nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge habe. Wer Familienzulagen befürwortet, kann in allen Schichten der Bevölkerung politische Geschäfte machen und braucht nicht die geringsten Verantwortungen auf sich zu nehmen. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb die Forderung der Familienzulagen, des Familienlohnes und Familienschutzes neuerdings eines der beliebtesten Schlagworte und ausschliessliches Thema der « Erneuerung » geworden ist. Manchmal hat es nahezu den Anschein, als ob damit ein Allerweltsmittel für die Rettung des Abendlandes vor dem sichern Untergang gefunden wäre.

Die Frage ist jedoch viel zu ernst, als dass man sich dabei verleiten lassen darf, sie für demagogische Nebenabsichten zu missbrauchen. Die Gewerkschaften wollen und können sich ein solches Verhalten nicht leisten. Sie haben Verantwortungen gegenüber sich selber und gegenüber ihren Mitgliedern. Schon aus diesem Grunde sind sie gezwungen, Familienzulagen und Familienschutz als blosses Glied in einer langen Kette wirtschaftlicher, kultureller, ethischer und bevölkerungspolitischer Zusammenhänge zu betrachten und sich zu fragen, welche Bedeutung diesem Glied zukommt. Man kann in dieser Kette das Glied der Familienzulagen, das heisst des materiellen Schutzes der Familie, noch so stark schmieden, die Kette wird trotzdem das schwankende Gebäude unserer Gesellschaft nicht zu tragen vermögen. Sie wird an unzähligen andern Stellen, die ebenso brüchig sind, zerreißen.

Darüber sind sich alle Verfasser der nachstehenden Artikel, die das Problem ebenso sachlich wie verantwortungsbewusst behandeln, durchaus klar, und zwar auch dort, wo sie Familien- und Kinderzulagen nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehen.

Kollege Wenk spricht es deutlich aus, indem er sagt: « Es kann schon jetzt festgestellt werden, dass, nach den Erfahrungen der Vergangenheit, Familienzulagen kein geeignetes Mittel sind, um die Geburtenzahl zu erhöhen. Das will jedoch nicht sagen, dass Familienzulagen für kinderreiche Familien, ja für alle Familien, nicht erwünscht seien. »

Solche Erwägungen sind heute schon deshalb nicht abwegig, weil wir in äusserst schwierigen Zeiten leben und die jetzigen Löhne sicherlich nicht für Familienväter genügen, wenn sie schon für einen ledigen Arbeiter nicht ausreichend sind: wenn einer Teuerung der Lebenshaltung, die seit Beginn des Krieges 24 Prozent beträgt, im allergünstigsten Falle Lohnerhöhungen von zirka 10 Prozent gegenüberstehen. Was in der Juni-Nummer der « Stimme der Arbeit », dem Monatsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, gesagt worden ist, kann hier wiederholt werden: « Die Arbeiter werden Zulagen, gleichviel ob man die Mehreinnahmen Teuerungszulagen, Familienlohn, Familienzulagen oder Soziallohn nennt, im Ernstfall nicht ablehnen, und zwar ganz einfach deshalb, weil Not am Mann ist und sie das Geld brauchen. Sie sollen jedoch wissen, was dabei auf dem Spiel steht und was alles unter diesem praktischen Mantel einerspaziert. Sie sollen sich vor allem darüber klar sein, dass alle dauernden Zulagen letzten Endes den Grundlohn drücken. »

Wenn man die Frage der Familienzulagen von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, bestehen eigentlich innerhalb der Gewerkschaften keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten. Jean Möri, der sich am entschiedensten gegen die Methode der Familienzulagen ausspricht, gibt die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kinderreicher Familien durchaus zu und sagt ausdrücklich, dass Hilfe gewährt werden kann « durch vorübergehende Teuerungszulagen ». Er wendet sich lediglich gegen die Familienzulagen als feststehende Institution, das heisst gegen den eigentlichen Familienlohn. Andererseits hat gerade der Kongress der Eisenbahner, also eines Berufes, in dem es Familien- bzw. Kinderzulagen gibt und geben muss (da der Grundlohn gesetzlich auf längere Zeiten festliegt), ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Ziel der moralischen und wirtschaftlichen Stärkung der Familie letzten Endes « nur erreicht werden kann durch die Gewährung eines genügenden Lohnes, die möglichst weitgehende Sicherung des Arbeitsplatzes, die genügende Sicherung der Familie im Falle der Arbeitslosigkeit (was besonders wichtig ist! Die Red.) und die Schaffung einer umfassenden Alters- und Hinterbliebenenversicherung ». Einstimmigkeit herrscht auch in bezug auf die Ablehnung der Verwendung der Lohnausgleichskassen für Familienzulagen.

Was die Feststellung betrifft, dass Familienzulagen für die Hebung der Geburtenziffern, also das grosse und ausschliessliche Ziel der Erneuerer, nicht ausschlaggebend sind, dass, wie der Gewerkschaftsbund sagt, « die Ursachen des Geburtenrückganges viel tiefer liegen », so ist diese Behauptung nicht widerlegbar. Sie wird dadurch erhärtet, dass gerade dort, wo die materiellen Voraussetzungen für die Erziehung mehrerer Kinder am günstigsten sind, die Zahl der Kinder am niedrigsten

ist. Sogar die grösstmögliche Sicherung des Arbeitsplatzes (Staatsbeamte) hat es nicht geschafft. Desgleichen ist in jenen Ländern, wo es Familienzulagen seit langem gibt, die Geburtenzahl gar nicht oder kaum merkbar gestiegen. Nahezu in allen Ländern Europas sind die Geburtenziffern seit langem rückläufig, trotzdem es Familienzulagen in dieser oder jener Form in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Italien und Grossbritannien gegeben hat bzw. noch gibt. In der Schweiz — um in der Nähe zu bleiben — wird zum Beispiel in Basel und Zürich an Familienschutz in allen Formen Gewaltiges geleistet, ohne dass das Uebel gebannt worden wäre.

Es geht eben letzten Endes nicht um den materiellen Hintergrund. Es geht nicht einmal um die Sicherung der Existenz auf absehbare Zeit, sondern es geht darum, dass seit der Jahrhundertwende Generation um Generation am Sinn der bestehenden Ordnung und damit am Sinn der Fortpflanzung selber gezweifelt hat und noch zweifelt. Die Menschen sind nicht deshalb egoistisch und materialistisch, weil sie für die Allgemeinheit und das Allgemeinwohl keine Gefühle des Grossmuts und der Freigebigkeit mehr aufzubringen vermögen, sondern weil sie dafür in einer Gesellschaftsordnung wie der jetzigen keine würdige Verwendung erblicken können.

Das wissen auch jene Kreise, die, um diese Schlussfolgerungen nicht ziehen und die grosse Pleite nicht zugeben zu müssen, im sozialen Rennen das Steckenpferd der Familienzulagen zu Tode hetzen. Sie wollen in ihm das Mittel sehen, weil sie befürchten, dass andere und durchgreifendere Mittel sie weiterführen könnten, als sie gehen wollen, nämlich über die jetzige Gesellschaftsordnung hinaus zu jenen grundlegenden Aenderungen, die sie gerade durch die propagierte Verlegenheitslösung der Familienzulagen vermeiden wollen. Gestern wie heute und morgen kommt es jedoch auf die grundlegende Haltung gegenüber dem Ganzen an. Familienzulagen ohne den Glauben und den Kampf für Dinge, die darüber hinausgehen und von denen Massnahmen, wie der Familienschutz, nur einen Teil ausmachen, können uns nicht retten. Was nottut, ist eine andere soziale Gesinnung. Sie ist nicht damit erreicht, dass eine Formel der Hilfe für die Familien gefunden wird, die es dem Unternehmer gestattet, Familienväter nicht aufs Pflaster zu werfen, weil ihn ein Familienvater nicht mehr kostet als ein lediger Arbeiter. Es hat nichts mit der Erneuerung und einem neuen Lebensgefühl zu tun, wenn der Unternehmer, sobald ihn ein Familienvater wieder mehr kosten würde, diesen sofort wieder auf die Strasse werfen würde; ja, wenn ihm, da wir weiter in einer Konkurrenzwirtschaft leben, gar nichts anderes übrig bliebe.

Es hat nichts mit wahren Familienschutz zu tun, wenn es heisst, Familienzulagen sollen eingeführt werden, um der Frau und

Mutter zu gestatten, sich dem Haushalt und den Kindern zu widmen. Aus Gründen der Konkurrenz und allerlei anderer Erwägungen, die rein wirtschaftlicher und kapitalistischer Natur sind, wird der Unternehmer auch in Zukunft auf die billige Frauenarbeit nicht verzichten wollen und können. Dass dem so ist, hat man in Deutschland gesehen. Das Schlagwort von der Frau, die ins Haus und in die Familie gehört, war zum Beispiel in Deutschland vor 1933 eines der zügigsten Propagandamittel im politischen Kampf. Nation und Familie wurden ausgespielt gegen « das nackte Gewinn- und Leistungsprinzip », die Arbeit sollte « geadelt » werden und keine Ware mehr sein. Die Frau ist in Deutschland nicht aus dem Betrieb verschwunden. Die Zahl der beschäftigten Frauen hat im Gegenteil ständig zugenommen. Das nackte Gewinn- und Leistungsprinzip ist nicht verschwunden. Es ist seinerzeit zur Vordertür des neuen Hauses hinausgeworfen worden und kommt durch die Hintertür kapitalistischer Notwendigkeiten wieder zurück, was zum Beispiel aus nachstehender Meldung der letzten Tage aus Berlin zu ersehen ist: « In der deutschen Bauwirtschaft macht sich seit mehreren Jahren der Facharbeitermangel immer stärker bemerkbar. Unter den verschiedenen Massnahmen, die zur Behebung dieses Mangels durchgeführt worden sind, befindet sich auch die Einführung von Leistungslöhnen. Mit Rücksicht auf die günstigen Erfahrungen, die im Regierungsbezirk Oberbayern gemacht worden sind, beabsichtigt man nunmehr, Leistungslöhne in der ganzen bayrischen Bauwirtschaft einzuführen. »

Die Familienlöhne hatten, als sie im letzten Kriege aufkamen, ebenfalls nichts zu tun mit einer neuen Einstellung und Gesinnung. Sie waren eine Notmassnahme oder aber Taktik des Unternehmers im Kampf um die Lohngestaltung: Vorwand, um die allgemeine Erhöhung der Grundlöhne umgehen zu können. Sie sind es heute wieder. In Frankreich und Belgien, die zu den Ursprungsländern des Familienlohnes und der Familienzulagen gehören, waren die Löhne allzeit schandbar niedrig. In Frankreich waren Familienzulagen zum Teil schon deshalb unumgänglich, weil die Löhne sehr oft nicht einmal für den Unterhalt eines einzigen Kindes ausreichten. Der ursprüngliche Anlass, dass sich in Belgien, dem sogenannten « Paradies der Kapitalisten », die Unternehmer seinerzeit auf Familienzulagen einliessen, lag vor allem darin, dass die Arbeiter in den Grenzgebieten nach Frankreich abzuwandern begannen, wo es Familienzulagen gab.

Dass rein taktische Erwägungen tatsächlich eine Rolle spielen können, zeigen in neuester Zeit zum Beispiel die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen im Baugewerbe, wo die Unternehmer für den Platz Genf Ausnahmen machten, über die sich die « Bau- und Holzarbeiterzeitung » wie folgt auslässt: « In Genf, meinten die Unternehmer, herrsche fühlbarer Mangel an Arbeit im Maurergewerbe; in fast allen andern Berufsarten, einige dem Bau- und Holzarbeiterverband angeschlossene inbegriffen, würden statt

der Lohnerhöhungen Familienzulagen gewährt, welche die Unternehmer weit weniger belasten als die von ihren Mitgliedern gewährten Lohnerhöhungen. (In andern Fällen kann es, wie der Artikel von Dr. Bickel zeigt, gerade umgekehrt sein. Die Red.) Nun erachten es diese Mitglieder als ungerecht und unerträglich, dass man sie bei den schlechten Verhältnissen, in denen sie sich befinden, zu grösseren Aufwendungen zwingt, als ihre Kollegen anderer Berufsarten auf sich nehmen müssen.»

Aus all diesen Gründen legen die Gewerkschaften immer wieder den Nachdruck auf die Wichtigkeit der Erhöhung der Grundlöhne. Wenn es so ist, dass in einem Volk, das seinen Bestand erhalten will, alle jene, die für die Zeugung von Kindern tauglich sind und in Betracht kommen, mindestens drei Kinder zeugen müssen, so soll diese Möglichkeit allen Staatsbürgern gegeben sein, das heisst der normale Lohn sollte für alle mindestens so hoch sein, dass jeder, der die Lust und Fähigkeit verspürt, ohne Almosen eine Familie von drei Kindern gründen kann. Dies ist bevölkerungspolitisch und wirtschaftlich schon deshalb wichtig, damit die Zahl der Familien möglichst gross wird und damit die Aussicht auf eine gute Auslese gegeben ist und somit nicht das ganze Gewicht der Hilfe auf jene Familien gelegt wird, die besonders viele Kinder haben und zeugen (die Unterstützung der besonders kinderreichen Familien und die hemmungslose Zeugung kann alles andere als Auslese und Eugenik bedeuten; die kinderreiche Familie ist keine Garantie für sogenanntes gutes « Menschenmaterial »).

Diese Einstellung ist eigentlich gar nicht neu. Sie wurde früher auch von Leuten vertreten, die nun ganz besonders in Familienzulagen machen, so besonders von der katholischen Kirche. Leo XIII. forderte in der Enzyklika Rerum Novarum generell einen Lohn, der genügt, « um sich mit Frau und Kindern anständig zu erhalten ». Auch später noch wurde der Familienlohn dahin aufgefasst, dass jeder erwachsene Arbeiter einen zum Unterhalt einer Familie ausreichenden Lohn bezieht, ohne Rücksicht darauf, ob er eine Familie hat oder nicht.

Um alle Erwägungen auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik auf das richtige Mass zu beschränken und auch in dieser Beziehung gegen Uebertreibungen aufzutreten, die aus durchsichtigen Gründen gemacht werden, müssen zum Schluss insbesondere jene Ausführungen des Artikels von Dr. Bickel unterstrichen werden, die gegen allzu selbstsichere Prophezeiungen auf dem Gebiet der Bevölkerungsprognose auftreten, die eine Geschichte der Irrtümer sind. Die jetzigen übertriebenen Befürchtungen in bezug auf das Aussterben des Menschengeschlechts sind wahrscheinlich ebenso irrtümlich und unbegründet wie die im letzten Jahrhundert angesichts der damaligen schnellen Zunahme der Bevölkerung der Welt gehegten Befürchtungen in bezug auf eine allgemeine Uebervölkerung. Es ist sehr schwer, auf diesem Gebiet irgendwelche Mutmassungen zu

machen. Da, wie wir gesehen haben, die Entwicklung der Geburtenziffern nicht unbedingt von materiellen Faktoren abhängt, sondern von allerlei schwer erfassbaren und zu deutenden psychischen und psychologischen Voraussetzungen (man denke zum Beispiel an die zersetzende Wirkung schlechter Filme, Romane und Vergnügen aller Art, an oberflächliche Erziehung usw.), sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Wer hätte zum Beispiel gedacht, dass in diesem Krieg — im vollen Gegensatz zu den Jahren 1914 bis 1918 — die Bevölkerungsvorgänge der Schweiz durch die Kriegseinflüsse kaum berührt worden sind. Verminderte sich von 1914 bis 1915 die Zahl der Heiraten um 2700 und jene der Geburten um fast 12,000, so wurden im vergangenen Jahr 900 Ehen mehr geschlossen und 220 Kinder mehr lebend geboren als im Vorjahre. Aus Frankreich wird gemeldet, dass ausgerechnet in letzter Zeit, also im schlimmsten Jahr seiner Geschichte und unter den bemühendsten wirtschaftlichen Bedingungen, die Geburtenziffern gestiegen sind.

Wenn das kapitalistische System in seiner heutigen Form oder überhaupt diesen Krieg nicht überlebt — was allgemein angenommen wird — und neue Gesellschafts- und Wirtschaftsformen sein Resultat sein werden, können die Geburtenziffern je nach der neuen Ordnung und einem neuen oder andern Lebensgefühl von einem Tag auf den andern völlig neue Wege einschlagen, wie wir das gerade an der Jahrhundertwende erlebt haben, wo die spätkapitalistische Gründer- und Entdeckerzeit ihrem Ende zuneigte und allgemeiner Pessimismus in bezug auf die Zukunft der Menschheit im Rahmen des Kapitalismus einsetzte. R.

*

Was die offizielle Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum Problem der Bevölkerungspolitik und der Familienzulagen betrifft, so verweisen wir auf das nachstehende Referat des Kollegen Meister in der Ausschusssitzung vom 16. Mai sowie die ihm beigefügte Entschliessung des Ausschusses, die mit grosser Mehrheit zur Annahme gelangte.
